

Erbschaftsgeld
nach dem Tod des Erblassers
der Summe des Erbschafts.

Abkommenspreis
monatlich 60 Pf.
vierteljährlich 1.50 Mk.
pro annuo frei aus Haus
und bei 200 bezogen
1.00 Mk. incl. Postgebühren.

Die Neue Welt
(Werbungsbeilage),
durch die Post nicht bezogen,
kosten monatlich 1.00 Mk.
vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047.
Telegraph-Adresse:
Volkshalle Halle/Saale.

Volkshalle

Sozialdemokratisches Organ

Intensionsgehilfe
besteht für die Spezialisten
entgeltlich oder deren Raum
20 Pf. für Wohnungs-
angelegenheiten, 10 Pf. für
Landwirtschaftlichen Angelegenheiten
10 Pf. für rechtlichen Angelegenheiten
etc.

Interrate
Die die halbe Summe
nicht zu bezahlen bis zur
mittags halb 10 Uhr in der
Spezialisten abgegeben
sein.

Eingetragen in die
Posteinschreibungsliste
unter Nr. 6188.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Baunburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Geisstr. 21, Hof 2 Cr.

Expedition: Geisstr. 21, Hof 2 Cr.

Ein neues Justizgesetz in Sicht?

Die Arbeiterklasse wird sich thun, einen an sich unangenehmen Vorgang, der aber den Keim zu gefährlicher Entwicklung in sich tragen kann, nicht unbedacht zu lassen. Am Sonnabend übermies nämlich der Reichstag laut Beschluß der Petitions-Kommission eine Eingabe des Staatsanwalts Wagner in Zweibrücken auf gesetzliche Einführung der Deportation, der Zwangsverschickung nach entlegenen überseeischen Kolonien, dem Reichstanzler als Material zur etwaigen Gesetzesänderung. Schon in der Kommission hatten deren sozialdemokratische Mitglieder ganz entschieden gegen die Ueberweisung als Material protestiert; ihr Antrag, die Petition als ungeeignet zur Erörterung im Plenum zu erklären oder höchstens auf Uebergang zur Tagesordnung zu votieren, wurde jedoch, wie nicht anders zu erwarten, von den Konservativen, Nationalen, Liberalen und Zentrumsparteien abgelehnt. Von den Sozialdemokraten war in jener Sitzung wieder nur ein Mitglied anwesend, der zwar für den sozialdemokratischen Antrag stimmte, aber nicht das Wort ergriß.

An sich will die Ueberweisung einer Petition als Material nicht viel beagen, und im vorliegenden Falle erklärte die Mehrheit ausdrücklich, sie wolle durch ihr Votum sich durchaus noch nicht für die Einführung der Deportation aussprechen. Aber es widerspricht allem parlamentarischen Gebrauche, in der Ueberweisung einer Petition als Material etwas anderes zu erblicken, als eine Sympathie-Erklärung mit dem Grundgedanken der Petition.

Wahrscheinlich hat der Reichstag stets, wenn die Frage der Deportation angefallen wurde, eine entschiedene ablehnende Stellung eingenommen. In Wisnards Zeiten lauschte einige Male der Plan einer „Spezialisierung“ der sozialdemokratischen Führer auf „Spezialisierung“ bedeutet das heißt die Deportation; es ist die Vertreibung aus dem Vaterlande, die Verbannung nach einer entfernten Kolonie. Ueber die bloßen Andeutungen auf Einführung der Expropriation ist jedoch der rote Plan Wisnards nicht hinausgekommen. — Die Deportation rückfälliger Verbrecher ist dagegen einige Male im Reichstage erörtert, aber wie bereits erwähnt von der Regierung und den Parteien kursorghand abgelehnt worden. Die Deportationsfrage wurde in weiteren Kreisen ventiliert im Anschluß an eine 1896 erschienene kleine Broschüre, betitelt fort mit den Buchstaben H. Der Verfasser ist nicht bekannt, aber es ist langem Justizhaus Verurteilten lieber in fernen Gegenden als Zwangs-Kolonien in freier Luft ihre Strafe verbüßen zu lassen. Mit Gehörgründen der Humanität, sagte er seine barbarische Forderung. Zwei Jahre später, 1899, gab der Breslauer Professor Brück eine weitere Broschüre heraus, die den Titel führte: Neu-Deutschland und seine Pioniere, und welche erneut für die Deportation Propaganda zu machen suchte. Auch er wollte aber die Zwangsverschickung nur auf gemeingefährliche Verbrecher erstreckt wissen. Es ist dem Staatsanwalt Wagner in Zweibrücken vorbehalten geblieben, die Deportation auf den „inneren Feind“ und die gemeingefährlichen Verbrecher auszudehnen.

Auch Wagner arbeitet in seiner Petition, die er namens des westpreussischen Kolonialvereins eingereicht hat, mit der „Humanität“; er will die Großstädte und die Vorstädte von dem „Gefährlichen“ befreien, das den Augenblick herbeizieht, „auf die Vorarbeiten folgen zu dürfen“. Durch die Zwangsarbeit in den Deportations-Einzelanlagen sollen sie an Geis und Zucht gewöhnt und zu nützlichen Gliedern der Gesellschaft umgewandelt werden. Der Kostenpunkt sei zwar nicht unerheblich, aber er sei nicht unüberwindlich. Nützliche neue Justizhäuser gebaut werden, so sei auch hierfür eine Summe von 200 Millionen Mark zu veranschlagen.

Durch Einführung der Deportation würden den deutschen Kolonien die fehlenden Arbeitskräfte zugeführt und dadurch der Kolonialbesitz vergrößert, wie nennbar Deutschland von Elementen bereitet, die der Heimat schädlich sind. Man sieht, wie der Staatsanwalt die Deportation aus dem Sandelente heraus löst.

Am 31. Januar 1898 fragte im Reichstag der Abg. Nider bei Beratung des Justizrats an, welche Stellung die Reichsregierung zur Deportation einnehme. Nidering antwortete, es seien Gutachten der Gouverneure in Logo, Kamerun, Südwestafrika und Ostafrika eingeholt worden, und diese Gutachten hätten sämtlich be r e i n e n d gelaute. Die Zwangsverschickung nach den genannten Kolonien ist unzulässig, weil die klimatischen Verhältnisse für Deutsche nicht geeignet seien, weil ferner die Transport- und ständigen Bewandlungsfragen ungelöst noch seien und weil meistens die besten Kolonialisten sich weigern würden, gemeingefährliche Verbrecher unter sich oder in der Nachbarschaft zu dulden. Nidering hielt durch diese Gutachten, deren Richtigkeit von seiner Seite bestritten wurde, die Sache „bereits“ für die Regierung erledigt.

Am 26. Juni 1898 wurde die Deportation im Reichstage nochmals gestreift beim Bericht des Abg. Brück v. Arenberg (3.) über die Beschlässe der Budgetkommission. In letzterer hatte der natl. Abg. Prof. Dörsch, ein Mitteldeutscher, die Frage gestellt, ob die Regierung der Deportation nach Südwestafrika näher getreten sei. Abg. v. Arenberg verlas darauf im Plenum einen Bericht des Gouverneurs Major Keutwein. In dem Bericht wurde zum Teil die bereits oben angeführten Ablehnungsgründe wiederholt und außerdem bemerkt worden, vor 60 Jahren, als es noch keine weissen Ansiedler in Südwestafrika gegeben habe, wäre vielleicht die Deportation dorthin möglich gewesen, jetzt sei es zweifellos zu spät. — Und wieder beruhigte sich der Reichstag bei dieser Erklärung.

Als Anfang Juni vorigen Jahres, kurz vor der Vertagung, die Wagner'sche Petition der Petitions-Kommission verhandelt wurde, erklärte der amtierende Regierungskommissar, die Regierung habe ihre frühere Stellung zur Deportationsfrage nicht geändert; nach einem neuerdings eingereichten Gutachten habe ein deutscher Gouverneur die Kosten für Unterhaltung und Bewachung von 150 Deportierten auf 800 000 Mk. veranschlagt; jeder Sträfling würde demnach jährlich 2000 Mk. Kosten verursachen. Trotzdem wurde am Sonnabend der Beschluß der Petitions-Kommission auf Ueberweisung als Material aufrecht erhalten und der namens der sozialdemokratischen Fraktion vom

Abg. Thiele gestellte und begründete Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung abgelehnt. Auch die vier oder fünf Freiliegenden, die am Sonnabend der Sitzung beizohnten, traten für Ueberweisung als Material ein.

Was auch vorerst der Beschluß noch keine sichtbaren Gefahren in sich bergen, so ist die Werbung in der Vermittlung der Reichstagsmehrheit — es waren am Sonnabend wohlgeklärt 37 Mann anwesend — doch bedenklich, und daß bei der Deportation viel eher der „innere Feind“ in Frage kommen würde als rückfällige und gemeingefährliche Verbrecher, ist unzufolge anzunehmen. Wir Sozialdemokraten sind ja in den Augen vieler Staatsretter die gemeingefährlichsten Verbrecher. Gar mancher Unternehmer würde mit Begeisterung eine gesetzliche Bestimmung begrüßen, die etwa lautete: „Arbeiter, die wiederholt Unzufriedenheit unter ihren Arbeitskameraden gezeigt haben, können auf zehn Jahre deportiert werden.“ — Im Zeitalter des Justizhaus-furors ist es durchaus nicht undenkbar, daß die Reaktion auf diese Weise die soziale Frage zu lösen beabsichtigt, wenn die nächsten Reichstagswahlen nicht einen ganz erheblichen Stimmen- und Mandatsgewinn für die Sozialdemokratie bringen.

Rufen auf, Arbeiter und „Feinde“!

Tagesgeschichte.

Halle a. S., März.

Deutscher Reichstag.

Am Reichstage befand sich unter den am Sonnabend vorgenommenen Petitionen eine, die im Gegensatz zu den anderen wichtigsten zu einer kurzen Debatte Anlaß gab. Ein freisinniger Staatsanwalt, der abg. v. Arenberg, trat in wenigen Stunden das Bedürfnis gefühlt, dem Reichstag mit einem Gesuch um Einführung der Strafverschickung alias der Deportation zu beschließen. Selbstredend will der edle Herr diese Zwangsverschickung auch auf die Sozialdemokraten, die „inneren Feinde“, angewandt wissen. Unglaublich, aber wahr: die Petitionskommission empfahl, den Beschluß, statt ihn in den Papierkorb zu werfen, der Regierung als Material zu überweisen! Genosse Thiele beantragte dagegen Uebergang zur Tagesordnung und protestierte mit Recht dagegen, daß man zu den Unlitten der römischen Kaiserzeit auch die Deportation nachführe. Inzwischen das Haus bezug die Mehrheit der zwei Dutzend erschienenen Reichsboten verwarf diesen vernünftigen Antrag und empfahl die Einbringung des schändlichen Staatsanwalts einer hohen Reichsregierung zum ernstlichen Studium. Cobann ward der Beschluß angenommen. Staatsrechtler Kräfte hielt die Einleitungskörbe, in welcher die Anrufer bei den Beamtenstellungen und Beamtengehältern mit den schlechtesten Zeiten und den mageren Jahren zu entschuldigen verurteilt wird. Die paar notwendigen Fortschritte, die gemacht worden sind, wurden natürlich in benageliche Belandung gerückt. — Nach einer recht unerheblichen Rede des Vizepräsidenten G. Hoff, dessen mangelhaftes Herz noch immer an der Verstaatlichung der Privatposten zu bluten scheint, ergriß Genosse Einger das Wort zu einer wirksamen Kritik der

38]

(Nachdruck vorbehalten.)

Notre-Dame in Paris.

Von
Winter Hugo.

„Baqueite stand allein in diesem Leben, von allen verlassen; man zeigte mit Fingern auf sie, verfolgte sie mit Schimpfwörtern durch die Straßen; die Gerichtsdienner schlugen sie, kleine Waisenbuben in Lumpen verkleideten sie. Und dann waren die zwanziger Jahre herangekommen; und am 3. Jahre bedeuten das Alter ihr verlebte Frauensimmer. Ihre Wiederkehr brachte ihr jetzt nicht mehr ein, als die Strafband vor dem. Nur jede Gesichtshaut, die da kam, ging ein Zähler fort: der Winter wurde wieder hart für sie; das Holz mußte sich wieder setzen in ihrem Feuerloche, und das Brot war in ihren Händen. Sie konnte nicht mehr arbeiten, weil sie, währenddem, daß sie ausdauerte wurde, träge geworden war, und sie litt viel mehr, als wenn sie bei der Trägheit liebreich geworden wäre. So wenigstens erklärte es uns der Herr Pfarrer von Saint-Noms, woran jene Frauensimmer mehr froh und mehr Hunger leiden, als andere Arme, wenn sie sie sind.“

„Einen Augenblick nur, Gerwaise!“ jagte Dubarde, deren Aufmerksamkeit nicht zu unbedeutend war. „Was würden wir am Schluß haben, wenn alles im Anzuge erzählt würde? Häret fort, Bahietie, ich bitte Euch. Diese arme Ghantelourie!“

Bahietie lüchelte fort.

„Sie war also sehr traurig, jede elend und Kleidete ihre Wangen mit ihren Thränen. Aber in ihrer Schande, in ihrer Traurigkeit und ihrer Hilflosigkeit dünkte es ihr, daß sie nicht so elendig, nicht so liebreich und verlassen sein würde, wenn es irgend etwas oder irgend jemand in der Welt gäbe, das sie lieben, und von dem sie geliebt werden könnte. Das müßte ein Kind sein, weil ein Kind allein unbedeutend genug dazu sein konnte.“

„Sie hatte das eingesehen, nachdem sie verurteilt hatte, einen Dieb zu lieben — der einige Versch, welcher nach ihr Verlangen tragen konnte; aber nach Verurteilung einer kurzen Zeit hatte sie bemerkt, daß der Dieb sie verachtete... Solche der

Viels ergebene Frauensimmer müssen einen Liebhaber oder ein Kind haben, um ihr Herz auszuwüllen. Andernfalls sind sie sehr unglücklich. Da sie keinen Liebhaber bekommen konnte, so richtete sie ihr ganzes Verlangen nach einem Kinde; und weil sie nichts fromm geblieben war, hat sie den lieben Gott fortwährend darum in ihrem Gebete. Der liebe Gott hatte also Mitleiden mit ihr und schenkte ihr eine kleine Tochter. Von ihrer Freude muß ich nicht brechen; es war eine Mädel mit Thränen, Vielesungen und Küffen. Sie stillte selbst ihr Kind, verarbeitete ihm Wein und aus ihrer Weibede, der einzigen, welche sie auf ihrem Bette hatte, und empfand wieder kalte noch Hunger mehr. Sie wurde darüber wieder schön. Aus einem alternden Mädchen wurde eine junge Mutter. Die glanzvolle Lebensweise begann von neuem; man besuchte die Ghantelourie wieder; sie fand wieder Kunden für ihre Ware, und aus dem ganzen Einbende schaffte sie Vielesung, Kinderzimmer, Bettwäsche, Eisenkästchen und kleine Seidenmützen an, ohne je daran zu denken, sich wieder eine Bekende zu kaufen... „Mein Schatz, ich habe die schon gesagt, daß Du mir den Kinder nicht ist...“ Sicher ist, daß die kleine Agnes... das war der Name des Kindes, sein Taufname; denn einem damiansimmer hatte die Ghantelourie längst nicht mehr... Sicher ist, daß die kleine mehr als eine Prinzessin der Daubhime in Bänder und Strümpfen eingewickelt war. Unter anderen hatte sie ein Paar kleine Schuhe, wie König Ludwig der Gütte lieber nicht hergelaufen gehabt hat. Der kleinen Mutter hatte diese ihr selbst gemacht, und sie ihm alle ihre Kunstfertigkeiten als Stickerin und allen Kunst angebracht, den nur ein Gewand der heiligen Jungfrau verdient. Sie waren sicher das neilschöne stolzerweise Schatzpaar, das man sich haben konnte. Sie waren höchstens in lang weite mein Daumen und man mußte sie von den kleinen Füßen des Kindes abziehen lassen, um zu glauben, daß sie darin hielten. Was indes können. Wahr ist, daß diese Füßchen so klein, so reizend, so rosenfarbig waren! noch reizender, als der Seidenstoff der Schuhe!... Wenn ihr einmal Kinder bekommen werden, Dubarde, lieber ich ihnen, daß nichts so reizend ist, als solche kleine Füße und solche kleine Hände.“

„Ja müßte nicht immer alle das?“ jagte Dubarde feujend, aber ich warte, bis es im Belieben des Herrn Andru Müsiner liegt.“

„Uebriqens“, nahm Bahietie wieder das Wort, „hatte das Kind Baquetiens nicht nur reizende Füßchen. Ich habe es ge-

sehen, als es erst vier Monate alt war; da war es ein allerliebtes Kind! Es hatte Augen, die größer waren als der Mund, und die hübschsten, feinen, schwarzen Haare, die sich schon lockten. Das würde eine stolze Brünnette geworden sein mit solchen Haaren! Ihr Mutter wurde darüber von Tag zu Tag närrischer. Sie liebte es, Hinte es, kitzelte es, wusch es, putzte es, als es vor Liebe auf! Einmal verlor sie den Verstand darüber; anderwärts dankte sie Gott dafür! Vor allem seine rolligen Füßchen waren der Gegenstand endloser Bemüderung, solcher Freude! Sie drückte beständig die Lippen darauf, konnte sich an ihrer Kleinheit nicht satt haben! Sie kitzelte sie in die Heinen Schenke, sog sie wieder heraus, bewunderte sie, geriet in Stimmen darüber, betrachtete sie den Tag lang; es that ihr leid, dieselben einen Gang über ihr Bett verjuden zu lassen, und sie hätte gern ihr Leben auf den Knien damit hingebracht, diese Füßchen wie die eines Christuskinde anzuschauen und auszuwühlen.“

„Die Erklärung ist leicht und gut“, sagte Gerwaise mit heller Stimme, aber wo ist die Bäumeier mit allem zu finden?“

„Hier ist sie schon“, entgegnete Bahietie. „Eines Tages erschienen in Neims eine Sorte ganz eigentümlicher Weiser. Es waren Bettler und Landstreicher, die unter Führung ihres Vorgesetzten und ihrer Grafen im Lande herumzogen. Sie waren von buntschwarzer Bauweise, hatten ganz fantastische Haar und tragen silberne Ringe in den Ohren. Die Weiser waren noch hübscher als die Männer. Sie hatten die schwarzeften Gesichter, die sie immer überhäutet zeigten, trugen einen hübschen Vosen auf dem Weibe, ein grob gewebtes Tuch um die Schulter gebunden und das Schampanne nach Art eines Werdelohms. Die Kinder, welche sich zwischen ihren Beinen herumwälzten, wurden ihnen haben fürcht einflößen können. Es war eine Bande mit dem Kirchenbann Belegter.“

(Fortsetzung folgt.)

Weiteres.

Im Fürstentumverein zur Hebung der Sittlichkeit: „Mer meine Damen, wir werden ja immer weniger!“

Unter Geislingen. „Lag doch Deine Gerweilen, Heber Bruder. Was ist klar, Religion muß sein — wason sollten wir sonst leben!“ (Eimplifizismus.)

Postverwaltung. Mit großer Schärfe konnte sich u. a. auch Singer gegen den Budgetplan, der die Postverwaltung in der nächsten Legislaturperiode heranzuführen will, überhaupt bekümmert sich die Postverwaltung um das außerordentliche Verhalten der Postbeamten; sie übernacht und verfährt nicht nur ihre postliche Tätigkeit, sondern auch die höchst unzufriedenheit in der schmerzhaften Geistes-Geist gehaltenen Tätigkeiten über sie auszuüben. Sein Wunder, daß die Firma Stephan fe. Orben neben so vielen Beschäftigten keine Zeit findet, sich um so unbedeutende Dinge wie Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen u. d. d. Beamteten zu kümmern, daß sie sich die Frage nicht vorlegt, geschweige denn beantwortet, ob es sich mit den Forderungen der Humanität verträgt, Unterbeamte bis zu 70 Stunden pro Woche abzurufen und junge Mädchen 7-8 Stunden pro Tag fast ohne Pause an das neuerrichtete Telephon zu spannen. — Die Antwort des Staatssekretärs war zwei Stunden lang durchgehend; wenn er sich um ein oder zwei Minuten weniger schmerzhaft ausdrückte als sein Kollege von der anderen Verleser-Schulst, so dürfte das weniger einer geringeren Ausprägung mit dem Stamm-Vogel, als dem Umstände zu verdanken sein, daß die Luft, die trotz allem und allem in der Reichstagskammer, der Verbesserung des Tones von Ministerreden günstiger ist als die ständige Atmosphäre, die über dem Dreifloßbauhaushalt brütet. Die Rede schloß mit der patriotischen Erklärung, daß er, der Staatssekretär, „Aufreizungen“ nicht dulden werde.

Von da an lautete die Beratung ab. Herr Stöcker verknüpfte mit der Unselbstständigkeit, die dem ehemaligen Protestanten-Papst eigen ist, „ex cathedra“, will sagen von der Reichstagskammer, als ein christliches Dogma, daß Postbeamte Mädchen mit unehelichen Kindern nur dann heiraten dürfen, wenn die Kinder von ihnen, den Beamten, selbst stammen. Die Freimüthigen Dr. Müller und Meiningen und Herzmann und selbst der Anführer Werner mußten den Besonderen Singers beipflichten. Dagegen erwies dem Bundesratnehmer ein nicht ohne Erfolg sich geltendmachender Bundesgenosse in der Gestalt des Herrn Sittart vom Zentrum, der die Maßregelung des genannten Postbeamten mit — Ausschließen aus der sozialdemokratischen Partei zu verhängen suchte. Genosse Singer fertigte den ultramontanen Anfechtungs-Versuch ab. — Am Schluß der Sitzung erhielt die Regierung noch einen empfindlichen Badenstreich, indem das Haus, das sich nicht mit der ungenügenden, feierlichen Versprechungen wiederholenden Vermehrung der Ministerstellen, wie sie im Etat vorge schlagen wird, abweisen lassen will, Verwendung der betreffenden Titel an die Budgetkommission beschloß. — Am Montag: Fortsetzung der Postrats-Beratung.

(Wegen Stoffmangels muß der Sitzungsbericht für nächste Nummer zurückgestellt werden.)

Preussischer Landtag.

Am Abgeordnetenhaus wurde am Sonnabend die beiden Wasserinterpellationen der Konventionen und der Nationalliberalen verhandelt. Die Konventionen fragten an, ob die Regierung beabsichtigt in nächsten Winter für die Bewässerung dringender Verhältnisse in der Stromgebiete der unteren Oder, Spree, Havel und Elbe einzustellen; die Nationalliberalen fragten an, ob die Vorarbeiten für den Bau eines Schiffahrtskanals vom Rhein zum Dortmund-Emskanal durch das Emischer Thal selbst abgeschlossen seien, daß zu wählende Linie endgültig feststehe, und ob die Regierung für diesen Fall bereit sei, noch in diesem Winter mit Rechtsvorarbeiten an den Landtag heranzutreten, um den Grundriss für die projektierte Linie zu sichern.

Einer Zusammenberatung der beiden Interpellationen widerlegten sich die Konventionen, denen das Zentrum Herzogsohle leitete. Die Interpellationen wurden als getrennt verhandelt. Die Konventionen wurden von Abg. Hildebrandt beantwortet, der sonst nur über die Raat- und Warnholz-Beredsamkeit zu sprechen pflegt. Herr Budde verlas eine Erklärung, die noch im hochwohlwollen Ministerat mit vieler Mühe festgehalten worden ist. Die Regierung teilt den Wunsch der Interpellanten, sich bereit, zunächst bald die bestehenden Kanalpläne zu befestigen und hofft, daß es bis Ende 1904 entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen. Während für die untere Oder, Spree, und Havelregulierung Projekte in der großen wasserwirtschaftlichen Vorlage des Jahres 1901 enthalten waren, fehlte ein solches Projekt für die Elbe. Herr Budde teilt mit, daß es bereits in der Ausarbeitung begriffen sei. Unklar bleibt nicht der ministeriellen Erklärung, ob die Wasserbau der genannten Flüsse nur in Verbindung mit dem Mittelkanalprojekt wieder an das Haus gebracht werden oder unabhängig von dem Kanalbau ausgeführt werden sollen. Nach Mitteilungen, die aus der Budgetkommission bei der Beratung des Bauetats in die Öffentlichkeit gelangten, konnte man annehmen, daß die Regierung an einer Vermeidung dieser Regulierungen mit dem Mittelkanalprojekt festhalte. Nach der Erklärung des Ministers ist das sehr zweifelhaft geworden. Die ganze Besprechung der Interpellation drehte sich deshalb auch im wesentlichen um diesen Punkt. Die Nationalliberalen und die Freimüthigen Volkspartei sprachen die Erwartung aus, daß die Verbindung beider Dinge anstrebt erhalten bleiben und die Regierung sich entschließen würde, das Zentrum, denen sich die Freimüthigen Vereinigung anschloß, befürworteten eifrig die Trennung. Zwischen Kanalregulierung und -Begnern fielen viele Bemerkungen. Zu einer Klärung kam es wegen der unklaren Stellung der Regierung nicht.

So lange sich die Regierung nicht zu größerer Generat aufricht, ist eine halbjährige Wiedererrückung der Kanalvorlage wohl nicht zu denken. Die Interpellation wegen der Emischer Thallinie war in verhältnismäßig kurzer Zeit erledigt, da der Minister nur mitteln konnte, daß in Folge der starken Bebauung der Emischer Thallinie in eine erneute Prüfung über die Unentfaltung eingetreten sei, daß aber diese Prüfung noch nicht zum Abschluß gelangt sei. Die kanalisierenden Parteien gaben die unverständliche Erklärung ab, daß sie, wenn eine neue Kanalvorlage kommen sollte, objektiv und gewissenhaft an die Beratung heranzugehen würden. Die kanalisierenden Parteien hatten recht, wenn sie in ihren Reden vorwiegend das Gefühl der Resignation zum Ausdruck brachten.

Schließlich wurde noch die Beratung des Bauetats begonnen und der Titel „Ehalt des Ministers“ erledigt. Von Herrn Gothein wurden die Schiffahrtstaxen auf der Oder, die jede Rentabilität der Schifffahrt unmöglich machen, ausföhrlich bemängelt. Herr Gothein wurde vom Zentrumsalgeordneten Graf Strachwitz unterstützt. Minister Budde erklärte aber selbst und ließ durch seine Beamten wissen, daß vorläufig an den jetzigen Tarifen nichts geändert werden solle.

Am Montag steht die Interpellation der Nationalliberalen wegen der Erzieher-Schuldenrückzahlung auf der Tagesordnung. Die Sitzung beginnt erst um 1 Uhr.

Mit der Schaffung von Truppen-Übungsplätzen

hatte sich auch am Freitag die Budget-Kommission des Reichstages zu beschäftigen. Und zwar handelte es sich zunächst um eine Forderung von 800000 M. für die Erweiterung eines Truppen-Übungsplatzes für das 11. Armee-Korps und die auf dem Platze zu errichtenden Bauten.

Der Referent, Abg. Müller-Strubba, erinnerte an das Donnerstag angenommene Resolution, nach welcher die Kom-

mission einer bezüglichen Forderung nur dann zuzunehmen werde, wenn genauere Vorschläge vorliegen. Diese Bedingung ist in dem vorliegenden Falle nicht erfüllt worden. Der Vorschlag der Kommission wiederum nur auf Schätzungen, und die Gefahr sei durchaus nicht ausgeschlossen, daß auch dieser Übungsplatz wieder schließlich viel teurer komme als der jetzige Voranschlag, der auch schon die Kosten auf nicht weniger als neun Millionen Mark angebe. Außerdem seien dem Pläne sachliche Bedenken entgegen. Für den neuen Übungsplatz müßten außer mehreren Gütern noch weite Landstrecken in dem Gebiete der gotthardischen Stadt Hedruid, des gotthardischen Dorfes Wilsitz und des zugehörigen Dorfes Mühlberg erworben werden. Wie viele Familien dadurch von Haus und Hof gebracht würden, lände noch nicht fest. Dagegen liege eine Eingabe des Gemeindevorstandes des Dorfes Mühlberg vor, welche die Wirkungen der Errichtung des vorgesehenen Übungsplatzes für dieses Dorf schildert. Die Gemeinde Mühlberg, welche im Kreisbezirk Ertms liegt, hat 1350 Einwohner und hat jetzt für den Übungsplatz 2000 Morgen, das heißt ein Drittel der Gesamtfläche ihrer ganzen Gemarkung abgeben. Die Gemeinde hat vor 10 Jahren mit einem Kostenanwands von ca. 50000 M. eine 4 Kilometer lange Straße nach der Stadt Hedruid gebaut, die den geplanten Übungsplatz durchschneidet und daher eingehen soll. Dieses Geld wäre somit für die Gemeinde vollständig verloren. Die Eingabe schildert noch andere schwere Folgen, die der Gemeinde erwachsen würden.

Durch alle diese Wirkungen des militärischen Projekts würden namentlich viele kleine Bauernfamilien so sehr geschädigt werden, daß sie ihre Wirtschaft auflösen und die Heimat verlassen würden. Unter diesen Umständen müße, so fuhr der Referent fort, der vorliegende Plan endgültig aufgegeben werden. Er empfehle, 25000 M. zu bewilligen, damit die Heeresverwaltung ein anderes Terrain auswähle und dem Reichstage eine genaue Kostenanschlag machen könne. Ferner schlug er folgende Resolution vor: „Der Reichstag wolle beschließen, den Reichsanwalt zu erlöhen, bei der Errichtung von neuen Truppenübungsplätzen, welche im Bereiche grundbesitzlich auszufüllen, bei welchen sich die Schädigung einer größeren Zahl landwirtschaftlicher Betriebe erforderlich machen würde.“

Der Referent Abg. Graf v. W. von teile mit, daß auch eine Eingabe erhalten habe, in welcher die Arbeiter eines der beteiligten großen Güter ebenfalls gegen die Anlegung des Truppenübungsplatzes protestieren. In der Debatte wurden die Befürchtungen, welche in der Eingabe aus Mühlberg ausgeprochen sind, als durchaus berechtigt anerkannt. Eine große Bedeutung sei auch der Wasserfrage zusammen, die, falls wirklich der Übungsplatz an jener Stelle angelegt werden sollte, die Heeresverwaltung vielleicht zu unvorhergesehenen und sehr kostspieligen Maßnahmen nötigen könnte. Der Kriegsminister v. Bogler erklärte sich bereit zu einem nochmaligen Versuche, ob nicht eine andere passende Gegend für den Übungsplatz ausfindig zu machen sei. Er fürchte aber, daß er schließlich doch auf den vorliegenden Plan wieder zurückkommen müßten, da bereits 14 Vorschläge geprüft seien und nichts Günstigeres gefunden werden konnte. Der gotthardische Staatsminister von Bonin versicherte, daß sich die Anlegung des Übungsplatzes schon und gut machen lasse. Jeder, der dadurch geschädigt werde, erhalte ja eine angemessene Entschädigung. Die vorgetragenen Klagen richteten nur von solchen Seiten her, welche ihre persönlichen Interessen vertreten. Ihm wurde beantwortet, daß die Leute zwar ihre persönlichen, aber trotzdem durchaus berechtigten Interessen betreiben, wenn sie sich dagegen wehren, daß sie durch die Heeresverwaltung von Haus und Hof getrieben würden. Schließlich wurde die Forderung der Heeresverwaltung einstimmig abgelehnt, dem Antrag des Referenten (25000 M. zur Ausarbeitung eines neuen Planes) zugestimmt und dann die vorgeschlagene Resolution wiederum einstimmig angenommen.

Bei dem Titel: „Artillerie und Waffenwesen“ wurde angetreten, was an den Zeitungsberichten wahr sei, nach denen unter neuen Geschütze schon wieder beraltet sein sollen. Der Kriegsminister verteidigte, daß unsere neuen Geschütze sich durchaus behähren. Die Forderung von 10 Millionen Mark für Belagerungs- und Küsten-Artillerie sowie schwere Artillerie des Feldheeres wurde um 2 Millionen Mark gestrichelt. Die anderen Forderungen wurden angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag.

Der Kampf der Arbeiter in Holland.

Ueber die Vorgänge in Holland während der letzten Tage meldet eine Amsterdamer Korrespondenz: Protestveranstaltungen werden überall vorbereitet und abgehalten. Was seit langen Jahren nicht möglich war und kaum in Wäde erachtet werden konnte, hat unsere Regierung mit ihrem Waffengeführ und mit den vorbereiteten Scharfentzern erreicht, nämlich daß die Einheit in der sozialistischen Gewerkschaften und Freie Sozialisten (Anarchisten) zusammen und bilden so mit dem übrigen Teile der Arbeiterschaft eine feste Blockade gegen die Zwangsgeetze der Regierung mit ihrer willigen Mehrheit.

Auch die „christlichen“ Arbeiter, die Angehörigen der christlichen Gewerkschaftsvereine, die plötzlich wie Schwämme anflorerten aus dem Erdboden wuchsen und als organisierte Streikbrecher in diesen schweren Tagen vor- und zubereitet werden, scheinen zu proletarischem Bewußtsein zu erwachen. Noch vor einigen Tagen setzten die in ihren alten Führer, den jetzigen Ministerpräsidenten vollkommenes Vertrauen. Sie trauten sich dergleichen Unwahrsamregeln nicht zu. Die eingereichten Gesetzentwürfe müssen sie von der Treulosigkeit des Ministers überzeugt haben, der bis jetzt den „kleinen Leuten“ stets Sand in die Augen streute, nunmehr jedoch nur allzu deutlich seine ganze Demokratie zu seinen übrigen „alten Lumpen“ legte, wie er selbst in der Kammer seine hin und wieder modernen Ansahlungen und Schriften aus früheren Jahren nannte.

Wie der Volk vernimmt, wird der Abgeordnete und Genosse Treckler bei seiner Interpellation an den Kriegsminister noch die folgenden Fragen richten: a) ob beabsichtigt wird, das Militär zu vergrößern, bei einem eventuellen Streik im Eisenbahnbetrieb Dienst zu thun an Stelle der freireitenden Maschinenisten u. d. d. und behandelnden Falles, auf welche gesetzlichen Bestimmungen man sich dabei stütze;

b) ob der Minister beabsichtigen kann, mit Rücksicht auf die hohen Kosten dieser außergewöhnlichen Einberufungen, die Wiederholungs-Einberufungen der Aufhörer von 1897, 1898 und 1900 für dieses Jahr ausfallen zu lassen. Die Verfolungen werden fortgesetzt. So meldet das Nieuwsblad von Norderland, daß am Mittwoch sieben Männer durch die Polizei auf der Straße verhaftet wurden wegen Verbreitung von aufrührerischen Flugblättern. Auch in Dordrecht wurden einige Eisenbahnarbeiter protokolliert, weil sie einigen Ordnungsleuten „lästig“ fielen.“

In Amsterdham hat der Anführer mehrere Personen und

Zeitungsreporter ausgefragt über den Inhalt einer Rede, die Genosse van der Groot in einer Versammlung vor Arbeiterlisten gehalten hat und worin er u. a. gesagt haben soll: „Ist ja; Schreit nicht! doch nicht geschrien werden muß, wißt denn, nach welcher Seite geschrien werden muß.“

Daß dem hochwürdigen Speyerbürgeramt und den zeitigen Referenten der sechs gewaltigen Aufgebotes von Polizeiführern und Soldatenkennern nicht wohl zu Mute ist, beweist folgende Meldung aus Rotterdam:

Die nächste Woche wird als kritisch angesehen. Die Postverwaltung trifft umfassende Vorkehrungen zur Sicherung des Briefverkehrs. Man beabsichtigt Torpedobote und bewaffnete Dampfer mit den Postkästen von Amsterdam nach Friesland zu befördern. Reiche Ministerdeputierte bringen den Familien der eingezogenen Militärden Geldunterstützung für zwei Wochen.

Der Typhus

Ist nach der Berg- und Jüttenarbeiter-Zig in Laurabütte ausgebrochen und greift in græneregender Weise um sich. Täglich werden Männer und Frauen, auch kleine Kinder davon befallen und den bei bergmännischen Zigaretten sowohl als auch in dem Zigarettenkasten vorgefundenen Typhusbakterien untereucht, die bald überfällt sein werden. Vorher die in Dierschleien fast nie ausbreitende Typhus-Epidemie kammt, das hat nach der Berg- und Jüttenarbeiter-Zeitung in den vertraulichen Sitzungen des Ausschusses zur Bekämpfung der Ruhrkrankheit im Ruhrgebiet ein bekannter Mediziner ausgeprochen. Er sagte:

Die vor einigen Jahren in Preußen ausgebrochene, nachweislich auf Grabenwasser zurückgeführte Typhusepidemie, und die vor zwei Jahren (1900) auf Zeele Selderberg, Schacht Cornall (Kuhgebiet), nachweislich gleichfalls auf Benutzung des Sumpfwassers als Badewasser zurückgeführten zahlreich Typhusfälle sollten ein warnendes Beispiel sein!

Das Organ der organisierten Bergarbeiter bemerkt treffend zu diesen Ausführungen: „Nicht wohl, davon hat die Öffentlichkeit bisher auch noch nichts gewußt, welche ungeheuren Gefahren für das ganze Volk durch die Schweinerie auf den Zeele entstehen? Sogar die schreckliche Typhusepidemie, die während des Laubens erwirkte, die nie auf einer Grube waren, kann von den Zeele ausgehen und ist schon davon ausgegangen, wie „nachweislich“ konstatiert wurde.“

Die Laurabütte ist ja dadurch besonders berührt geworden, daß Anthonis als Aufsichtsratsmitglied bei dieser Epidemie thätig ist. Die Entbehrungslosigkeiten, die ihm diese „Tätigkeit“ abwirft, ermöglichen ihm — nach seinen eigenen Aussagen — die Ausübung seines Mandats. Das „Vergütigen“, den Laurabüttenmann im Reichstage zu sehen, ist aber wohl zu teuer erkauft durch Gefahren für die Gesundheit und das Leben einer ganzen Bevölkerung. Der Reichstag wird auch eritterieren ohne die Anwesenheit dieses ergrauten Scharfmachers und Volksfeindes. Deshalb mag man auf der Laurabütte die Vorbereitungen für die Ausbreitung des Typhus aus der Welt schaffen und dafür lieber die Lantienmen und Dividenden etwas kürzen.

Im Abgeordnetenhaus ist von freimittler Seite ein Antrag eingebracht worden, die Regierung möge zur Errichtung von Arbeiterheimen und Gemeinshäusern für mittlere und untere Wohnkategorie eine entsprechende Summe in den nächstjährigen Etat einstellen.

Wegen Kaiserfeldeidung ist in Glog ein Steinbrucharbeiter zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Ausland.

Frankreich. Der Kammer ist schon der Bericht der Kommission über die 54 Autorisationsgesuche der Kongregationen zugegangen. Der Berichterstatter, Deputierter Bernard Rabier, teilt nach dem gleichen Verfahren der Regierung die Kongregationen ein in unterirdische; wredliche und handel-treibende; von den erteren kommen 25, von der zweiten Klasse 25 und von der dritten nur eine, nämlich die der Grand Chartrerie in Betracht. Rabier berichtet, daß die Ausdehnung der Ordensgesellschaften noch nie eine so große war als unter dem Regime der dritten Republik; während es im Jahre 1789 nur etwa 60 000 Mitglieder von Ordensgesellschaften gab, wurden im Jahre 1900 deren 200 000 gezählt. Das Vermögen dieser Gesellschaften ist in noch viel größerer Proportion gestiegen. Sehr interessante Mitteilungen macht Rabier über den Umfang der Vikarisation der Kathädrer Wände. Welch ein riesiges Vermögen diese Ordensgesellschaften durch den Vertrieb ihres Vikars zusammengebracht haben, geht u. a. aus einem Vortommnis, vom Jahre 1897 hervor, welches Rabier in seinem Bericht mitteilt. Damals ging die Vikarisation Grand Chartrerie durch notariellen Vertrag von dem einen Vater auf den Namen eines andern über. Der Wert und das Vermögen der Kathädrer wurde dabei auf 4 400 000 Frs. angegeben; durch eine angeordnete Untersuchung wurde jedoch festgestellt, daß der Wert der Fabrik auf mindestens 7 Mill. zu veranschlagen sei. Die Steuern für die Differenz wurden seitens des Klosters bezahlt. Rabier kommt zu dem Schluß, daß sämtliche 54 Gesuche abzulehnen seien; er macht, der Kammer den Vorschlag, nicht über jedes Gesuch im einzelnen zu diskutieren, sondern über jede der 3 genannten Kategorien ohne Diskussion sofort zur Abstimmung zu schreiten.

Belgien. Die Anwendung von Bleimeißel ist seitens des Justizministers und auch vom Kriegsminister für alle Bauten, die für diese Weisens ausgeführt werden, verboten worden.

Der Achtundentag für Vergleute. Jules Desfrée, sozialistischer Deputierter für Charleroi, hat in der Kammer eine Gesetzesvorlage eingebracht, wonach ein Jahr nach Annahme derselben in den belgischen Bergwerken die stündliche Arbeitszeit inf. Aus- und Einfahrt und 3 Jahre nachher die stündliche Arbeitszeit eingetrennt hat.

Ungarn. Im Abgeordnetenhaus kam es wegen der Erklärung des Grafen Bellesheim im scheidenden Herrenhaus, es sei der Wille des Kaisers, daß die Armeegemeinde bleiben solle, zu sehr erregten Egenen. Die Opposition verlangte sühnlich eine Erklärung der Regierung. Uron hielt eine scharfe Rede und verurteilte die scheidende Kammer. Kattay drohte mit den 1848 er Zuständen. Der Ministerpräsident Eszl beurteilte die Vorgänge im scheidenden Parlament und erklärte, die Regierung werde ihre Versprechungen einhalten.

China. Von neuen Unruhen meldet Reuters Bureau aus Peking: Der Aufstand in Kwangsi nimmt den amfändigen Charakter zufolge immer größeren Umfang an. Er hat sich bereits über die Grenze von Hunan verbreitet. Der Vizekönig von Hunan hat Truppen in das Grenzgebiet entsandt, um der weiteren Ausbreitung des Aufstandes Einhalt zu thun. Fünfhundert Mann kaiserliche Truppen gerieten am 10. Februar im

arbeitete mühte bald darauf darhin gebracht werden. Vor einigen Tagen fing sie die zweite Tochter in die Welt zu bringen und erkrankte und gestern mußte das kleine Kind, ein junger Mann von 28 Jahren, in die Irrenanstalt gebracht werden.

Vermisshftes.

Colonsort. In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag wurde ein Kind von 2 Jahren, das in der Wohnung des Herrn ...

Die Kinder vorunglücklich. Bei einem in der Nacht am 27. Februar in einer ...

Ein Sturm hauchte gegen Frankfurt in die nächtliche Stille. Die Telegraphenverbindungen ...

Eisenbahn-Unglück. Während des Unwetters am 27. Februar wurde ein aus 8 Wagen bestehender Zug beim ...

Stadt-Theater.

Der arme Jonathan. Operette in 3 Akten, Musik von Willibrod. Die gestern aufgeführte Operette gehört nach dem ...

Neues Theater.

Der Sonntag-Abend brachte als Novität Continents's Chemänner von Alfred Capus, eine der üblichen französischen ...

verlorenen Chemänner Nr. 1. Letzter des Reiches, während ...

Letzte Nachrichten.

Frankfurt a. M., 2. März. Die Frankf. Ztg. meldet aus Amsterdam: Große Arbeiterversammlungen in Utrecht ...

Sudapest, 2. März. Die im ungarischen Abgeordnetenhaus unterhaltene Opposition gegen die Wehrvorlage wird bereits ...

Frankfurt a. M., 2. März. Die Frankf. Ztg. meldet aus Karlsruhe: Gestern früh fand zwischen den Studenten Schwarz ...

Gießen, 2. März. Unter der hiesigen Garnison, sowie in der Irrenanstalt Dittlitz ist der Typhus ausgebrochen, es sind ...

Briefkasten der Redaktion.

Zeichen. Gewiß kann der Antrag auf Aufhebung der gegenwärtigen ...

W. C. Teufner. Mein, sobald ein schriftlicher Lehrvertrag nicht vorliegt, kann von keiner Seite Entschädigung ...

F. B. Grewing. Rechtsanwalt Herzfeld wohnt Halle a. S., Große Steinstraße 75.

Stadtsammlische Nachrichten.

Aufgehoben: Arbeiter Bachmann und Frida Engelhardt (Gabelsbergerstr. 7) und Helfort. 6). Ruffler Brand und ...

Selma Allmann (Wertheimerstr. 152 und Adolfsplatz 88). ...

Chefleitungen: Kaufmann Mepe und Lina Mammelt (Zettin und ...)

Chefleitungen: Arbeiter Goppe und Emma John (Sealberg 26 und ...)

Chefleitungen: Schlosser Dieck und Julie Günther (Königsstr. 66 ...)

Chefleitungen: Arbeiter Lindgraf (Grünstraße 9). ...

Chefleitungen: Arbeiter Goppe und Emma John (Sealberg 26 ...)

Das Ankunfts-Geschäft im Reg-Bez. Merseburg.

Kreis Schweinitz. Im Hotel zur Weintraube in Berga. Mittwoch, den 4. März, vormittags 8 1/2 Uhr aus den ...

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Halle.

Dienstag den 3. März abends 8 Uhr in der „Mortzburg“

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Der Bauarbeiterschuß-Kongreß in Berlin. 2. Wahl eines Delegierten. 3. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch der Mitglieder erwartet

Der Vorstand.

Achtung Frauen!

Donnerstag den 5. März 1903 abends 8 1/2 Uhr im Faulmanns Saal, Unterberg.

große öffentliche Frauen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Die Frauen und die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Redakteur Baumig. 2. Neuwahl der Vertrauensperson. 3. Verschiedenes.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein Die Vertrauensperson: Frau Sacke.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschl. Zahlst. Halle.

Dienstag den 3. März abends 8 1/2 Uhr im Engl. Hof, Gr. Berlin

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Der Kartellvertrag der Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht Der Bevollmächtigte.

Maler!

Dienstag den 3. März abends 8 1/2 Uhr im Gasthof „Drei Könige“ Kleine Ulrichstraße 36

Mitglieder-Versammlung.

Zahlreiches Erscheinen erwünscht Der Vorstand.

Zum Jubeljahr der Märzrevolution.

Von Wilhelm Liebknecht. Preis 30 Pf.

Zu beziehen durch Die Volksbuchhandlung, Geiststraße 21.

Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen.

Preis 25 Pf. Von Wilhelm Liebknecht. Preis 25 Pf.

Zu beziehen durch sämtliche Austräger und Volksbuchhandlung, Geiststraße 21.

Verlag und in die Einzelhefte verantwortlich: August Grob — Druck der Halleischen Genossenschafts-Buchdruckerei (G. G. u. S.) Halle a. S.

Verein für naturgemäße Gesundheitspflege Zeit.

Mittwoch den 4. März abends 8 1/2 Uhr bei H. Wagner, Edlitzstraße.

Gehirn- und Hirnleiden.

Referent: Dr. Siegel, Bremen. Hierzu ladet ergebenst ein Der Vorstand.

Apollo-Theater.

Direktion: Gustav Poller. Am Riebeckpark, nächste Nähe des Haupt-Bahnhofes.

Ohne Preiserhöhung!

The Svengalis

Das mimische und das musikal. Kadmium. Das größte Rätsel der Gegenwart. Aufgehoben: H. A. ...

Ohne Preiserhöhung!

Restaurant R. Wagner, Zeitl. Voigtstrasse.

Dienstag: Schlacht-Fest. Mar. Dentewitz, Gr. Sonnenstraße 89.

Gelegenheitskauf.

Plüschsofa 53 M., Kleiderschrank 25 M., Spiegelvertikow 45 M., Sofatisch 8 1/2 M., Rohrstuhl 8 1/2 M., gr. Spiegel 10 M., ...

S. Rosenberg, Geiststrasse 21, 1. Treppe.

Farben, Firnisse, Lacke, Pinse!

Wird bei Gebrüder Mulert Halle, Gr. Klausstraße 1.

Hohenmösen.

Zur Konfirmation empfehle Stoff-Anzüge von 10 M. an. Emil Walther.

Selbstgelegtes Bauerkorn, gute Kartoffeln, Butter, Käse, Eier

Schießspitze, Federbüchsen, Hausfegen, Schachspiele, Abreißkalender, Märchenbücher

empfehlen die Reinhold Zeis, Palmbaum.

Volksbuchhandlung,

Geiststraße 21.

Nachruf.

Sonntag nachmittags starb unser Kollege Paul Hopfeld

im 26. Lebensjahre an der Choleraerkrankung. Die Beerdigung findet Mittwoch den 4. März nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des Friedhofes aus statt. Um zahlreiche Beteiligung der Kollegen und Kolleginnen bittet Der Vorstand der Bau- und Eisenarbeiter-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Halle a. S.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Begräbnis unserer teuren Genossin, der Jungfrau Bertha Kressmann fügen wir allen Verwandten und Bekannten sowie denjenigen, die ihren Sarg so reich mit Kränzen schmückten und ihr das letzte Geleit gaben, unseren herzlichsten Dank. Besonderen Dank den Arbeiterinnen, Werkführern und Kontorpersonal der Firma Bög & Co. und den Arbeitern und Arbeiterinnen der Firma Beyer & Co., sowie denjenigen, die sie zur letzten Ruhe getragen haben. Ruhe sanft! Halle a. S. den 1. März 1903. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen, als Bräutigam: W. Schme.